LANDESGESETZBLATT

FÜR DAS BURGENLAND

Jahrgang 1974

Ausgegeben und versendet am 20. Dezember 1974

21. Stück

40. Gesetz vom 13. November 1974 über Maßnahmen auf dem Gebiete des Weinbaues (Weinbaugesetz 1974).
41. Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 27. November 1974, mit der die Höhe der Blindenhilfe neu festgesetzt wird.
42. Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 11. Dezember 1974, mit der die Pflegegebühren in den öffentlichen Krankenanstalten im Burgenland neu festgesetzt werden.
43. Verordnung des Landeshauptmannes von Burgenland vom 12. Dezember 1974 betreffend den Höchstarif für das Rauchfangkehrergewerbe.
44. Kundmachung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung vom 11. Dezember 1974 betreffend die Berichtigung von Druckfehlern im Landesgesetzblatt.

40. Gesetz vom 13. November 1974 über Maßnahmen auf dem Gebiete des Weinbaues (Weinbaugesetz 1974).

Der Landtag hat beschlossen:

§ 1

Flächenmäßige Beschränkung des Weinbaues

(1) Das Auspflanzen und Nachpflanzen von Weinreben außerhalb der auf Grund des § 6 des Weinbaugesetzes 1969, LGBl. Nr. 33 und gem. § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes festgesetzten Weinbaufluren ist, unbeschadet der Bestimmung des § 4 dieses Gesetzes verboten.

(2) Verordnungen gem. § 6 des Weinbaugesetzes 1969, LGBl. Nr. 33, die nach dem 31. Oktober 1974 im Landesamtsblatt für das Burgenland kundgemacht worden sind, finden keine Berücksichtigung.

§ 2

Auspflanzen nach agrarischen Operationen

(1) Die Bezirksverwaltungsbehörde hat, sofern dies als Folge der im Zuge einer agrarischen Operation im Sinne des Flurverfassungs-Landesgesetzes, LGBl. Nr. 40/1970, von der Agrarbehörde getroffenen Flureinteilung oder der Neugestaltung der gemeinsamen Anlagen gerechtfertigt ist, eine zwangsläufige, geringfügige Vergrößerung der Weinbaufluren vorzunehmen.

(2) Die gem. Abs. 1 zu schaffenden Weinbaufluren sind von der Bezirksverwaltungsbehörde spätestens zwei Jahre nach Anordnung der vorläufigen Übernahme der Grundabfindungen durch die Agrarbehörde gem. § 26 des Flurverfassungs-Landesgesetzes, LGBl. Nr. 40/1970, mit Verordnung festzusetzen.

(3) Vor Erlassung der Verordnung hat die Bezirksverwaltungsbehörde die Landwirtschaftskammer anzuhören.

(4) Erstrecken sich Weinbaufluren auf zwei oder mehrere politische Bezirke, so haben die in Betracht kom-

menden Bezirksverwaltungsbehörden bei der Festsetzung der Weinbaufluren einvernehmlich vorzugehen. Wenn ein Einvernehmen nicht erzielt werden kann, so hat die Landesregierung die Verordnung zu erlassen. Die Bestimmungen der Abs. 1—3 sind sinngemäß anzuwenden.

(5) Verordnungen gem. Abs. 2 und 4 sind im Landesamtsblatt für das Burgenland kundzumachen. Sie werden, wenn in der Verordnung kein späterer Tag des Inkrafttretens bestimmt wird, nach Ablauf des Tages rechtswirksam, an dem das Stück des Landesamtsblattes, das die Verordnung enthält, herausgegeben und versendet wird.

§ 3

Sortenmäßige Beschränkung des Weinbaues

(1) Von Eigentümern, Pächtern oder sonstigen über Grundstücke Verfügungsberechtigten dürfen nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes nur solche Rebsorten aus- und nachgepflanzt werden, die auf Grund des Klimas sowie der Bodenbeschaffenheit der Weinbaugebiete geeignet sind, hochwertige Kelter- oder Tafeltrauben hervorzubringen.

(2) Die nach Abs. 1 in Betracht kommenden Rebsorten hat die Landesregierung nach Anhörung der Landwirtschaftskammer durch Verordnung zu bestimmen.

§ 4

Auspflanzungen zu Versuchszwecken durch Anstalten

(1) Auf Aus- und Nachpflanzungen, die zu Versuchszwecken von Versuchs- oder Unterrichtsanstalten des Bundes, des Landes oder der Landwirtschaftskammer auf den in ihrem Besitz befindlichen Grundstücken vorgenommen werden, finden die Bestimmungen dieses Gesetzes keine Anwendung.

(2) Die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes durchgeführten Versuchsauspflanzungen sind innerhalb von zwei Monaten nach Abschluß des Versuches zu roden.

(3) Auf Versuche die gem. § 15 des Weinbaugesetzes 1969 begonnen worden waren und nach Inkrafttreten dieses Gesetzes noch nicht abgeschlossen worden sind, findet Abs. 2 sinngemäß Anwendung.

§ 5

Versuche durch andere Eigentümer, Pächter oder sonstige über Grundstücke Verfügungsberechtigte

(1) Auspflanzungen zu Versuchszwecken durch andere Eigentümer, Pächter oder sonstige über Grundstücke Verfügungsberechtigte bedürfen der Bewilligung der Landesregierung. Auf diese Auspflanzungen finden die Bestimmungen des § 3 keine Anwendung.

(2) Die Bewilligung ist zu erteilen, wenn die Voraussetzungen für ein Auspflanzen nach den §§ 1 und 2 (innerhalb von Weinbaufluren) vorliegen und glaubhaft gemacht wird, daß das Auspflanzen zur Erreichung eines anerkannten Versuchszieles und zur Erfüllung eines auf mindestens 15-jährige Auswertung gerichteten Versuchsprogrammes vorgenommen werden soll.

(3) Als Versuchsziele im Sinne des Abs. 2 sind anzuerkennen:

1. Prüfung von Klonen der zugelassenen Rebsorten;
2. Prüfung nicht zugelassener alter Rebsorten und neuer Rebzüchtungen auf ihren Anbauwert zum Zwecke einer eventuellen späteren Aufnahme in die Liste der zugelassenen Sorten und
3. Prüfung von Veredelungsunterlagen auf ihre Verträglichkeit mit den Edelsorten, ihre qualitätsfördernden Eigenschaften und ihr Verhalten in verschiedenen Böden.

§ 6

Weinlesezeit

(1) Die Landesregierung kann auf Antrag einer Gemeinde nach Anhörung der Landwirtschaftskammer für bestimmte Gebiete oder für bestimmte Rebsorten den Beginn der Weinlese vor einem bestimmten Zeitpunkt durch Verordnung untersagen, falls unter Bedachtnahme auf die Witterungsbedingungen des Lesejahres und die langjährige Erfahrung zu erwarten ist, daß die Weintrauben in diesen Gebieten voraussichtlich erst zu diesem Zeitpunkt jenen Reifegrad erreichen, der in Durchschnittsjahren dort erzielt wird.

(2) Mit der Weinlese darf jedoch schon vor dem nach Abs. 1 bestimmten Zeitpunkt begonnen werden, wenn der Traubenbestand durch Naturereignisse, wie beispielsweise Frost, Hagel, Traubenkrankheit geschädigt wurde und der Eintritt weiteren schweren Schadens nur durch unverzügliche Lese abgewendet werden kann.

§ 7

Weinbauaufsicht

(1) Die Bezirksverwaltungsbehörde hat die Einhaltung der Bestimmungen dieses Gesetzes zu überwachen. Zu diesem Zwecke kann sie insbesondere notwendige Auskünfte einholen, die Vorlage von Unterlagen verlangen sowie durch Organe Grundstücke begehen und Nachmessungen vornehmen. Zu Begehungen können Organe der Ge-

meinde und der Landwirtschaftskammer beigezogen werden.

(2) Die Bezirksverwaltungsbehörde hat dem Amte der Landesregierung halbjährlich die Anzahl jener Fälle mitzuteilen, bei denen ein Strafverfahren gemäß § 45 des Verwaltungsstrafgesetzes 1950 eingestellt worden ist.

(3) Die Eigentümer, Pächter oder sonstigen über Grundstücke Verfügungsberechtigten sind verpflichtet, den Überwachungsorganen (Abs. 1 und 4) die geforderten Auskünfte zu geben und die Unterlagen vorzulegen, den Zutritt zu den Grundstücken zu gestatten und die Überwachungsorgane auf Verlangen bei Begehungen zu begleiten oder durch Personen, die mit den Betriebsverhältnissen vertraut sind, begleiten zu lassen.

(4) Zu Erhebungen gemäß Abs. 1 sind auch die Bundeskellereiinspektoren (§ 25 des Weingesetzes 1961, BGBl. Nr. 187) ermächtigt. Diese sind verpflichtet, von ihnen wahrgenommene Übertretungen dieses Gesetzes der Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen.

(5) Die Bezirksverwaltungsbehörde hat auf Grund der Anzeige des Bundeskellereiinspektors das Strafverfahren einzuleiten. Gelangt sie zu der Überzeugung, daß das Strafverfahren einzustellen ist, so hat sie vor Einstellung des Verfahrens dem Bundeskellereiinspektor Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Im Falle der Einstellung des Verfahrens hat sie hierüber dem Bundeskellereiinspektor eine schriftliche Bescheidausfertigung zuzustellen.

(6) Gegen eine Entscheidung gemäß Abs. 5 steht dem Bundeskellereiinspektor das Berufungsrecht zu.

(7) Das Bundesland Burgenland hat dem Bund jenen Personal- und Sachaufwand zu ersetzen, der dem Bund aus der Tätigkeit der Bundeskellereiinspektoren gemäß Abs. 4 erwächst.

§ 8

Eigener Wirkungsbereich der Gemeinde

Die Gemeinden haben ihre in den §§ 6 Abs. 1 und 7 Abs. 1 geregelten Aufgaben im eigenen Wirkungsbereich zu besorgen.

§ 9

Strafbestimmungen

(1) Wer

- a) die gem. § 7 notwendigen Auskünfte oder die Beibringung, bzw. Überlassung von zweckdienlichen Unterlagen ungerechtfertigt verweigert;
- b) den gem. § 7 Abs. 3 geforderten Zutritt und die Begleitung zu Grundstücken verweigert;
- c) einer Verordnung gem § 6 ungerechtfertigt zuwiderhandelt,

begeht sofern die Tat nicht nach anderen Vorschriften einer strengeren Strafe unterliegt, eine Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis zu S 5.000,— oder mit Arrest bis zu einer Woche zu bestrafen.

(2) Wer

- a) Auspflanzungen entgegen den Bestimmungen des § 1 (gesetzwidrige Rebpfanzungen) vornimmt;

- b) gesetzwidrige Rebpfanzungen bewirtschaftet;
 c) nicht zugelassene oder genehmigungspflichtige Rebsorten entgegen den Bestimmungen des § 5 auspflanzt oder solche bewirtschaftet,

begeht eine Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis zu S 50.000,— oder mit Arrest bis zu sechs Wochen zu bestrafen; bei erschwerenden Umständen ist auf beide Strafen zu erkennen.

(3) Eine gesetzwidrige Rebpfanzung gilt bis zu ihrer Rodung auch dann von ihrem Besitzer im Sinne des § 9 Abs. 2 lit. b als bewirtschaftet, wenn diese nicht bearbeitet wird.

(4) Die Strafgeder fließen dem Land Burgenland zu.

§ 10

Übergangsbestimmungen

(1) Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes tritt, unbeschadet der Regelung des Abs. 2 das Gesetz vom 16. Juli 1969 über Maßnahmen auf dem Gebiete des Weinbaues, LGBl. Nr. 33, außer Kraft.

(2) Im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes in f. Instanz anhängige Verwaltungsstrafverfahren sind nach den bisherigen Bestimmungen (§ 21) zu Ende zu führen, sofern es sich um rechtswidrige Auspflanzungen außerhalb von geschlossenen oder offenen Weinbaufluren nach den Bestimmungen des Weinbaugesetzes 1969, LGBl. Nr. 33, handelt.

(3) Die nach den bisherigen Bestimmungen erlassenen Rodungsaufträge sind nicht zu vollstrecken.

Der Präsident des Landtages: Der Landeshauptmann:

Krikler

Kery

41. Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 27. November 1974, mit der die Höhe der Blindenbeihilfe neu festgesetzt wird.

Auf Grund des § 4 Abs. 5 des Blindenbeihilfengesetzes, LGBl. Nr. 11/1957, in der Fassung des Landesgesetzes LGBl. Nr. 13/1967 wird die Blindenbeihilfe

für Vollblinde

ab 1. 1. 1975 mit monatlich S 1.650,— und ab

1. 7. 1975 mit monatlich S 1.800,— sowie

für Praktischblinde

ab 1. 1. 1975 mit monatlich S 1.100,— und ab

1. 7. 1975 mit monatlich S 1.200,— festgesetzt.

Für die Landesregierung:

Dr. Mader

42. Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 11. Dezember 1974, mit der die Pflegegebühren in den öffentlichen Krankenanstalten im Burgenland neu festgesetzt werden.

Auf Grund des § 44 Abs. 3 des Burgenländischen Krankenanstaltengesetzes, LGBl. Nr. 14/1960, in der Fassung des Landesgesetzes LGBl. Nr. 20/1965 werden die Pflegegebühren für die nachstehend angeführten öffentlichen Krankenanstalten im Burgenland ab 1. Jänner 1975 ohne Umsatzsteuer wie folgt festgesetzt:

Krankenanstalt

III. Gebührenklasse II. Gebührenklasse I. Gebührenklasse

A.ö. Landeskrankenhaus Güssing
S 440,— S 480,— S 520,—

A.ö. Landeskrankenhaus Oberpullendorf
S 440,— S 480,— S 520,—

Landeslungenkrankenhaus und Heilstätte am Hirschenstein
S 440,— S 480,— S 520,—

A.ö. Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Eisenstadt
S 440,— S 480,— S 520,—

A.ö. Landeskrankenhaus Kittsee
S 415,— S 455,— S 495,—

A.ö. Landeskrankenhaus Oberwart
S 540,— S 580,— S 620,—

Für die Landesregierung:

Dr. Mader

43. Verordnung des Landeshauptmannes von Burgenland vom 12. Dezember 1974 betreffend den Höchstattarif für das Rauchfangkehrergewerbe.

Auf Grund des § 177 der Gewerbeordnung 1973 wird für das Burgenland nachstehender Höchstattarif für das Rauchfangkehrergewerbe festgelegt:

I. Reinigen von Rauchfängen, Abgasfängen und Rauchkanälen.

Die Kehrgebühr für die Reinigung eines Rauchfanges und Abgasfanges setzt sich aus der Grundgebühr und der Geschoßgebühr zusammen. Die Grundgebühr ist das Entgelt für die vorbereitende Tätigkeit zum Kehren. Der Geschoßzuschlag wird für jedes Geschoß berechnet, das der Rauchfang durchläuft. Zwischengeschoße und Mansarden gelten als Geschoß. Vom Fußboden des Dachgeschosses aufwärts sind je drei volle Meter Rauchfang einschließlich Rauchfangaufsätze als Geschoß zu berechnen. Überlängen von zwei Meter gelten als voll, kürzere Enden bleiben unberechnet.

Die Kehrgebühr beträgt einschließlich der Reinigung der Rauchfangsohle:

1. Bei schließbaren Rauchfängen mit der Lichtweite von höchstens 3.600 qcm

Grundgebühr S 8,40

Geschoßzuschlag S 2,20

2. Bei steigbaren Rauchfängen und mehr als 3.600 qcm Lichtweite		II. Reinigen von häuslichen Feuerstätten.	
Grundgebühr	S 10,20	1. Herd mit einem Backrohr	S 11,60
Geschoßzuschlag	S 2,20	2. Jedes weitere Backrohr oder Wasserschiff	S 4,50
3. Bei Bastardrauchfängen, Abgassammlern, Abgasfängen und für Rauchfänge, bei denen Zentralheizungen und Anlagen für Warmwasseraufbereitung angeschlossen sind		3. Badeofen	S 8,10
Grundgebühr	S 9,10	4. Eiserner Ofen ohne Zug	S 6,30
Geschoßzuschlag	S 2,20	5. Eiserner Ofen mit Zügen	S 12,20
4. Bei engen Rauchfängen ohne Rücksicht auf den Baustoff, Eisenrohre bei Baracken usw.		6. Wasserkessel, Dämpfer	S 6,00
Grundgebühr	S 6,90	III. Reinigen von Zentralheizungen.	
Geschoßzuschlag	S 2,00	1. Zentralheizkessel von 10.000 bis 50.000 Wärmeeinheiten	S 65,00
5. Vorstehende Gebührensätze erhöhen sich wie folgt:		2. Zentralheizkessel, Dampfkessel, Zentralheizungsherde ab 50.000 Wärmeeinheiten je 1000 Wärmeeinheiten	S 1,50
a) Um 50 Prozent für Rauchfänge, an denen gewerbliche Feuerstätten oder Herde und Kessel von Hotels, Gaststätten, Kaffeehäusern, Pensionen, Erholungsheimen, Spitälern, Heilanstalten, Badeanstalten, Klöstern, Kasernen, Versorgungshäusern, Gemeinschaftsküchen und ähnlichen Wirtschaftsbetrieben angeschlossen sind, sowie für Rauchfänge von Zentralheizungen oder Warmwasserbereitungsanlagen.		IV. Reinigen von gewerblichen Feuerstätten.	
b) Für Häuser, in denen zum Zeitpunkt der Reinigung nur 2 oder mehr Rauchfänge zu kehren sind, erhöhen sich die Gebührensätze von Post 1 bis 4 um 20 Prozent, wo aber nur ein Rauchfang zu kehren ist, erhöhen sich die Gebührensätze in Post 1 bis 4 um 40 Prozent.		1. Wirtschaftskessel (Koch-, Wasch- und Brennkessel)	S 10,90
c) Bei Rotten, Weilern, Meierhöfen, Kolonien, Einschichten und Einzelanwesen, die vom geschlossenen Ortsbereich mehr als 500 m (vom letzten Haus und über den nächsten gangbaren Weg gemessen) entfernt liegen und bei Streusiedlungen erhöht sich die Kehrgebühr um S 4,50 für das Anwesen.		2. Kanal- oder Unterzugsbackofen und Dampfbackofen mit einem Backraum je weiterer Backraum und Zuckerbäckerofen	S 22,70
S 15,10
6. Bei Dampfkesselrauchfängen und schliefbaren Kanälen je angefangenen Meter im warmen Zustand 100 Prozent Zuschlag.	S 12,00	3. Glashaushenanlagen pro Meter	S 2,50
7. Kehren von Schläuchen und Rohren je angefangenen Meter	S 3,10	4. Hochdruckdampfkessel je qm Heizfläche Flammrohrkessel (im kalten Zustand) Rauchrohr- (Heizrohr-)Kessel und Lokomobilkessel je qm Heizfläche für Kessel mit Vorwärmer oder Überheizer im warmen Zustand 100 Prozent Zuschlag.	S 18,20
8. Rohbau- sowie Gebrauchabnahme (geschoßweise Abzieharbeit) einschließlich Befund in Neu-, Um- und Aufbauten für jeden zu prüfenden Rauchfang und für jedes Geschoß	S 12,00	5. Gewerbliche Küchenherde	S 30,20
		V. Sonstige gebührenpflichtige Arbeiten.	
		1. Ausbrennen, Austrocknen oder Belehmen (Patschokieren) von Rauchfängen und Rauchabzügen für den angefangenen Meter	S 13,60
		für Selch- (Räucher-)Kammern: Ausbrennen, Belehmen, Reinigen, pro Mann und pro angefangene Stunde	S 75,60
		Das zum Ausbrennen (Austrocknen) oder Belehmen erforderliche Material hat der Hauseigentümer oder Wohnungsinhaber beizustellen oder zu vergüten.	
		2. Für das nach dem Ausbrennen notwendige Reinigen sind die einfachen Reinigungsgebühren anzurechnen.	
		3. Rauchdruckprobe zur Feststellung der Dichtheit des Rauchfanges	S 21,80
		4. Topografische Bezeichnung der Rauchfangputztürchen, für jedes Türchen einschließlich Material	S 8,10
		5. Für die vorgeschriebene jährliche einmalige Untersuchung unbenützter oder anschließloser Rauchfänge und Rauchleitungen ist die einfache Kehrgebühr zu entrichten.	

6. Für fachmännische Auskünfte außerhalb der festgesetzten Kehrzeit sowie für die Abgabe eines schriftlichen Gutachtens ist der Rauchfangkehrermeister berechtigt, eine Vergütung von S 37,80 zu verlangen.
7. Für die Teilnahme des Rauchfangkehrermeisters an der Feuerbeschau ein Pauschalbetrag pro angefangenen Halbtage S 189,00 Reisekosten sind in der tatsächlichen Höhe zu vergüten.
8. Die Kommissionstaxe im Standort des Rauchfangkehrermeisters beträgt S 60,50
Außerhalb des Standortes S 81,60
Fahrtauslagen sind gesondert zu vergüten.
9. Rußtest (Immissions- und Emissionsmessungen) einschließlich Auswertung (Meßblatt) pro angefangene halbe Stunde S 50,00
10. Feuerstättenbeschau einschließlich Überprüfungsbesuch (Feststellung von baupolizeilichen Mängeln und feuerpolizeilichen Mißständen) pro angefangene halbe Stunde S 50,00

VI. Besondere Gebührenbestimmungen.

1. Für bestellte Sonderarbeiten, für Arbeiten an gesetzlichen Feiertagen, Sonntagen und arbeitsfreien Samstagen sowie für bestellte Kehrarbeiten von 17 bis 7 Uhr ist die doppelte Gebühr zu entrichten.
2. Wird die Kehrarbeit zu dem festgesetzten Kehrtermin verhindert, so hat der Auftraggeber die nachträgliche Kehrung auf seine Kosten zu veranlassen, ohne von der Zahlungspflicht für die verhinderte Kehrung entbunden zu sein. Die Kehrtermine setzt der zuständige Rauchfangkehrermeister fest.
3. Wird der Rauchfangkehrermeister unabhängig von den festgesetzten Kehrterminen zu einer Kehrarbeit außerhalb seines Wohnsitzes bestellt, so sind die Reisekosten in der tatsächlichen Höhe nach den jeweils der Fahrzeugtype entsprechenden Richtlinien zu vergelten.
4. Treten bei den Kehrarbeiten außergewöhnliche Schwierigkeiten auf (bauliche Anlagen, übermäßige Temperatur), so bleibt die Höhe der Kehrgebühr der freien Vereinbarung zwischen Hauseigentümer oder seinem Vertreter und dem Rauchfangkehrermeister überlassen.
5. Für die Vergütung von Nebenarbeiten, die zur Durchführung der Kehrarbeiten erforderlich sind und in der Kehrordnung und Gebührenordnung nicht angegeben sind, ist eine Gebühr von S 90,70 pro Arbeitsstunde zu entrichten.

VII. Allgemeine Gebührenbestimmungen.

1. Die Kehrgebühren sind jährlich, halbjährlich oder vierteljährlich für jedes Haus zu berechnen. Die Kehrgebühr für Wohnparteien hat der Hauseigentümer oder sein Vertreter zu bezahlen. Die Gebühr der Abzieharbeiten geht auf Rechnung des Bauausführenden.
2. Die Abgeltung der Kehrgebühr durch Zahlung eines zwischen dem Rauchfangkehrermeister und dem Zahlungspflichtigen vereinbarten Pauschalatzes ist zulässig. Dieser darf nicht höher sein als die Summe der Einzelsätze.
3. Über Aufforderung hat der Rauchfangkehrermeister eine Rechnung zu stellen, in der die ausgeführten Arbeiten einzeln angeführt sind. Groschenbeträge der Gesamtrechnung sind auf volle Schillingbeträge aufzurunden.
4. Die Umsatzsteuer ist bereits in der Kehrgebühr mitinbegriffen und darf nicht gesondert verrechnet werden.

VIII. Schlußbestimmungen.

1. Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 1975 in Kraft.
2. Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Verordnung des Landeshauptmannes von Burgenland vom 11. Jänner 1974, LGBl. Nr. 6/1974, außer Kraft.

Für den Landeshauptmann:

DDr. Grohotolsky

44. Kundmachung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung vom 11. Dezember 1974 betreffend die Berichtigung von Druckfehlern im Landesgesetzblatt.

1. Die Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 5. Dezember 1973, LGBl. Nr. 58, mit der die Pflegegebühren in den öffentlichen Krankenanstalten im Burgenland neu festgesetzt werden, ist wie folgt zu berichtigen:
In der ersten und zweiten Zeile der Promulgationsklausel hat es anstelle von „Krankenanstaltengesetzes“ richtig „Krankenanstaltengesetzes“ zu lauten.
2. Die Kundmachung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung vom 12. Dezember 1973, LGBl. Nr. 64, betreffend die Berichtigung von Druckfehlern im Landesgesetzblatt, ist wie folgt zu berichtigen:
Die Fertigungsklausel hat anstelle von „Für den Landeshauptmann“ richtig „Der Landeshauptmann“ zu lauten.
3. Die Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 15. Feber 1974, LGBl. Nr. 10, über die bei der Versteigerung und bei der Verpachtung von Genossen-

schaftsjagden zu verwenden Formulare, ist wie folgt zu berichtigen:

In der Anlage C hat es in der ersten Zeile des vierten Absatzes anstelle von „(Jagdgesellschafter)“ richtig „(Jagdgesellschaften)“ zu lauten.

4. Das Gesetz vom 15. März 1974, LGBl. Nr. 17, mit dem das Landesvertragsbedienstetengesetz 1971 geändert wird (2. Novelle zum Landesvertragsbedienstetengesetz 1971), ist wie folgt zu berichtigen:

Im Art. I hat es in der achten Zeile anstelle von „Bndesgesetzes“ richtig „Bundesgesetzes“ zu lauten.

5. Die Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 10. Juli 1974, LGBl. Nr. 30, mit der das „Südbur-

genländische Hügel- und Terrassenland (Eisenberg — Königsberg — Csaterberg — Punitzer Wald)“ zum Landschaftsschutzgebiet erklärt wird, ist wie folgt zu berichtigen:

Im § 1 Abs. 3 hat es in der ersten Zeile anstelle von „Straßen“ richtig „Straßen-“ zu lauten.

Im § 7 Abs. 1 hat es in der sechsten Zeile anstelle von „genehmigungspflichtigen“ richtig „genehmigungspflichtige“ zu lauten.

Der Landeshauptmann:

Kery

Landesgesetzblatt für das Burgenland P. b. b.
Erscheinungsort: Eisenstadt
Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Das Landesgesetzblatt für das Burgenland wird vom Amt der Burgenländischen Landesregierung in Eisenstadt herausgegeben und erscheint nach Bedarf. Druck: Eisenstädter Graphische Ges. m. b. H., Eisenstadt.